

Landesausschuss der Studentinnen und
Studenten (LASS) GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Sprecherin: Elke Michauk
Mail: lass@gew-nds.de
Mobil: 0163 – 2555 905
www.gew-niedersachsen.de/lass

Lüneburg, den 30.01.09

Werte Kolleg/innen, liebe Mitstudierende und Interessierte

Nun ist es soweit: Der dritte hochschulpolitische Newsletter ist da!

Im aktuellen Newsletter findet ihr wieder interessante Themen zur Hochschulpolitik in Niedersachsen und über dessen Grenzen hinaus. Ebenso gibt es wieder die Rubriken „Rechtliches“, „Neu im Netz“ und nicht zu vergessen „Termine“.

Ab sofort wird der Newsletter **ausschließlich** digital versendet – das spart uns Papier und Porto und euch lästiges Abtippen von URLs.

Um zukünftig die Zusendung eines digitalen Newsletters bewerkstelligen zu können, bitten wir euch, euer Interesse am hochschulpolitischen Newsletter des LASS GEW Niedersachsens durch eine E-Mail an lass@gew-nds.de zu bekunden.

In jedem Fall gilt: Wir freuen uns über Kritik und Lob, aber auch auf Anregungen für zukünftige Newsletter.

Leitet den Newsletter gern an Freunde und Bekannte weiter.

Mit solidarischen Grüßen



Elke Michauk
(Sprecherin des LASS GEW Niedersachsens)

Hochschulpolitischer Newsletter des LASS GEW Niedersachsen N° 3

1.) Niedersachsen

- a) Tarifverhandlungen 2009 – aktueller Stand
- b) Versammlungsgesetze Bayern und BaWü verabschiedet – was macht Niedersachsen?
- c) Niedersächsische Technische Hochschule (NTH) beschlossen & Lüneburg Vorreiter beim Demokratieabbau
- d) Nazis raus! Hier und überall! - „Deine Stimme gegen Nazis!“

2.) Bundesgebiet

- a) Schwerpunkt: Studienfinanzierung
- b) Nachlese & Ausblick: Bildungsgipfel & Rückblick bundesweiter Schulstreik
- c) Lehrer können auch weiterhin Staatsexamen ablegen!?
- d) Früherer Semesterbeginn ab WiSe 2011/2012 geplant

3.) Rechtliches

- a) Kündigung einer studentischen Hilfskraft
- b) Jahresausblick 2009: Was sich für Studierende in Gelddingen ändert

4.) Publikationen

- a) ABS wird 10 Jahre
- b) „Making Excellence“
- c) "Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft"

7.) Neu im Netz

8.) Termine

Impressum

I.) Niedersachsen

a) Tarifverhandlungen 2009 – aktueller Stand

Mit der Föderalismusreform wurden nicht nur die Kompetenzen für den Bildungsbereich und Versammlungsgesetze auf die Länder übertragen, sondern auch für die Besoldung von Landesbeamt/innen, jedenfalls sofern die Bundesländer Mitglied in der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) sind. Dies trifft insbesondere auf Niedersachsen zu. Betroffen sind von den am 19. Januar 2009 erstmals verhandelten Neuregelungen insbesondere alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder, Beamtinnen und Beamten in Landes- und Kommunalverwaltungen. Der Neuregelung ist in diesem Zusammenhang die Besoldung unterworfen, welche sich auf Grund von Alter, Qualifikation, Amt, Laufbahn und Familienstand bemisst.

Haben die aktuellen Tarifverhandlungen auch Auswirkungen auf Studierende? (Leider) Nur bedingt: Studentisch Beschäftigte in Verwaltung und Technik, welche in den TV-L eingliedert sind, sind Nutznießer/innen der aktuellen Tarifrunde. Studentisch Beschäftigte in Studium und Lehre fallen jedoch nicht in den Regelungsbereich des Manteltarifvertrags. Dieser wird erst Ende 2009 verhandelt.

Für die Eingliederung *aller* studentisch Beschäftigten setzt sich die studentische Tarifinitiative (www.tarifini.de) ein. Am 19. Januar gab es bundesweit an verschiedenen Hochschulen mit studentischen Tarifinitiativen Aktionen, so auch in Braunschweig, wo sich seit einigen Monaten eine Gruppe von Studierenden für ihre Rechte und damit eine gerechte Entlohnung sowie die Eingliederung in den TV-L einsetzt (<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2048/artid/9746714>). Auch die Niedersächsische Landesregierung musste sich auf Grund einer Anfrage der Linksfraktion mit dem Thema der studentisch Beschäftigten befassen. Die Antwort der Landesregierung auf die Anfrage findet ihr hier: http://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_16_2500/0501-1000/16-0860.pdf Mit ihrer Antwort beweist die Landesregierung wieder einmal eindrucksvoll, dass sie im Grunde nichts über die prekäre Lage der Studierenden an den Hochschulen weiß. Inwieweit die Zahlen der Realität entsprechen, darüber kann trefflich gestritten werden... Für 2009 sind weitere Aktionen im Rahmen der laufenden Verhandlungen von Seiten der studentischen Tarifinitiative geplant - das Frühjahr wird also heiß!

Links:

Zu den Forderungen der studentischen Tarifinitiative www.tarifini.de zum Thema Tarifrunde (Niedersachsen) http://gew-nds.de/tarifrunde_2009.php zum Thema Tarifrunde (allg.) www.streik-tv.de und http://www.boeckler.de/547_93498.html

In eigener Sache: Hast auch du Lust, dich für deine und die Rechte deiner Mitstudierenden einzusetzen und eine studentische Tarifinitiative zu gründen, dann melde sich einfach unter [lass\[at\]gew-nds.de](mailto:lass@gew-nds.de)!

b) Versammlungsgesetze Bayern und BaWü verabschiedet – was macht Niedersachsen?

In Niedersachsen ist für Januar 2009 die Vorlage eines nach bayrischem und baden-württembergischen `Vorbild` gestrickten ersten Versammlungsgesetzentwurfs geplant. Inhaltlich würde das für die GEW nicht nur die einfach zu beantwortende Frage der Betroffenheit zur Folge haben, sondern insbesondere die Punkte „Ab wann sind Menschen (und Gewerkschaften) militant?“ - Bereits wenn sie sich gegen bestehende, die Freiheit und Grundrechte einengende Regelungen durch Demonstrationssprüche und -parolen wehren? Ist das Schlagen einer Trommel bereits paramilitärisch auslegbar? - „Was fällt unter das Uniformierungsverbot?“ - Wer definiert was Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke sind? Können auch Streikwesten, GEW/ver.di-T-Shirts, Blaumänner oder Arbeitskleidung darunter subsumiert werden? - Schon bekannt sind Demonstrationsauflagen wie das Verbot von Fahnenstangen, weil diese als Waffe missbraucht werden könnten. Daraus lässt sich die Frage ableiten, ob die üblichen Sicherheitsschuhe von Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern als Waffe deklariert werden können?

Mehr zum bayrischen und baden-württembergischen Versammlungsgesetz und den Planungen in Niedersachsen (inkl. Entwurf des Versammlungsgesetzes Niedersachsens) unter <http://versammlung.diegedankensindfrei.org/> .

c) Niedersächsische Technische Hochschule (NTH) beschlossen & Lüneburg Vorreiter beim Demokratieabbau

Lange hatte man sich um und über die Niedersächsische Technische Hochschule (NTH) gestritten. Kommt Sie oder kommt sie nicht? Sollen die drei Hochschulen TU Braunschweig, TU Clausthal und Uni Hannover fusionieren, oder doch nur eine Kooperation eingehen? Soll der Sitz rotieren oder an einem Standort verbleiben? Whatever. Alle, die etwas Konstruktives zum Thema beizutragen hatten, meldeten sich zu Wort und – wie sollte es anders sein - natürlich auch alle anderen. Politiker sämtlicher Parteien kommentierten das Geschehen, mal mehr und mal weniger qualifiziert, und auch einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ließen es sich nicht nehmen, ihren Senf dazuzugeben.

(mehr http://www.asta.tu-bs.de/asta_info/asta_issue_1_internet.pdf)

Doch nicht nur an den technischen Hochschulen ist Einiges im Umbruch: Lüneburg zeigt sich mit dem neu ernannten Stiftungsrat an vorderster Front der Hochschulreformierer. Als 2005 Sascha Spoun zum neuen Präsidenten der Universität Lüneburg (nunmehr Leuphana Universität Lüneburg) gewählt wurde, hatte wohl keine/r mit einem Liebeskind-Audimax, einer kompletten Campusneugestaltung zur Durchbrechung der nationalsozialistischen Strukturen der Universität oder der Abschaffung ganzer Studiengänge und Fakultäten durch die Schaffung einer neuen Hochschulstruktur mit Gefäßen und Initiativen gedacht. Viele Hoffnungen auf einen „Stopp“ für die rasante Veränderung auf dem Campus ruhten auf dem im zweiten Anlauf ernannten Stiftungsrat als Aufsichtsgremium des Präsidiums. Doch dann kam alles anders: Denn der neu ernannte Stiftungsrat schaffte postwendend seinen Beirat ab und legitimierte die Besetzung zukünftig einzurichtender Berufungskommissionen mit externen Expert/innen. Damit setzte er ein entschiedenes Zeichen in punkto Demokratieabbau und Mitbestimmung der Hochschulmitglieder (www.asta-lueneburg.de (Newsarchiv & Schwerpunkt)). Aber auch über die Landesgrenzen hinaus schreitet die Entdemokratisierung der Hochschulen voran. So wurde in Sachsen am 14. November 2008 das neue Hochschulgesetz verabschiedet, welches am 1.1.2009 in Kraft getreten ist. Mehr zur studentischen Sicht und Kritik auf das neue Gesetz <http://www.kssnet.de/> (-> Themen -> Hochschulgesetz).

d) Nazis raus! Hier und überall! - „Deine Stimme gegen Nazis!“

2009 ist das Superwahljahr - nicht nur in Thüringen wo aktuell Kreis- und Landtagswahlen stattfinden. Für alle Bürger/innen stehen 2009 sowohl Bundestags- als auch Europawahlen an. Ob dies der Grund ist, warum in den kommenden Wochen und Monaten Nazis in Niedersachsen und anderswo vermehrt Demonstrationen und Kundgebungen angemeldet haben (siehe weiter unten und unter „Terminen“), bleibt dahingestellt. Festzustellen ist jedoch, dass Nazis immer unverhüllt ihre Propaganda streuen. Dies zeigt auch das Herantreten der Initiative „Neues-Volk.net“ (→ Rechte Internetseite!) an niedersächsische Schulen mit der Bitte, hier Informationsveranstaltungen machen zu dürfen. Eine Reaktion des Ministeriums kam postwendend – anders als sonst. Darin wurde allen Schulen eine Zusammenarbeit deutlich untersagt und eine Meldepflicht ausgesprochen.

In den kommenden Monaten wird es in Niedersachsen entsprechende Aufmärsche geben. Mit dem größten kann dabei am 1. Mai in Hannover zu rechnen sein. Aber auch in Osnabrück (7.3.) und Lüneburg (11.4.) werden die Aufmärsche nicht lautlos hingenommen werden. Aktuell mobilisiert insbesondere der DGB nach Dresden, wo am 14.2. einer der größten Nazi-Aufmärsche Europas stattfinden soll. Mehr bei eurem lokalen DGB und unter www.geh-denken.de.

In Thüringen ist die alt-neue Initiative „Deine Stimme gegen Nazis“ gestartet. Wenn du / ihr die Initiative unterstützen wollt, dann unterschreibt auf der folgenden Seite <http://deine-stimme-gegen-nazis.de/>.

2.) Bundesgebiet

a) Schwerpunkt: Studienfinanzierung

Der 26. Januar 2005 ist wohl eines der Daten, welches nicht nur bei Studierenden, sondern auch Eltern bleibende Folgen hinterlassen hat. Vor nunmehr vier Jahren entschied das Bundesverfassungsgericht sich gegen die Entgeltfreiheit des Studiums und machte damit den Weg einer föderalen Regelung für Studiengebühren frei. In den folgenden Monaten führten sechs Bundesländer Studiengebühren gegen massive Proteste insbesondere von Studierenden, Gewerkschaften, Schüler/innen und Eltern ein. Zwar hat Hessen – und das ist gut so – Studiengebühren wieder abgeschafft, aber die soziale Schere beim Zugang zu Bildung hat sich vor allem in den Studiengebührenländern durchaus verschärft. Zusätzlich wird die Situation für all diejenigen existenzbedrohend, die auf Grund der Studiengebühren einen KfW-Studienkredit aufnehmen mussten, denn die nominellen Zinsen steigen von 6,29% auf 6,5%. Gleiche Entwicklungen lassen sich bei anderen Krediten verzeichnen (<http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-823-zinsen-explodieren.php>). Bestätigt wurde dies vor allem durch die Studie der Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS), welche Deutschland nach dem vernichteten Urteil des UN Sonderberichterstatters im vergangenen Sommer (wieder) ein sozial selektives Bildungssystem bescheinigte. Die Zahl der Studienberechtigten, die definitiv oder vorerst auf ein Studium verzichteten, liegt nach Angaben von HIS bei 6.000 bis 18.000. Nach Aussage von HIS wird „damit zwar eine nennenswerte Zahl von Studienberechtigten aufgrund der Studiengebühren (vorerst) vom Studium abgehalten, allerdings fällt dieser ‚Abschreckungseffekt‘ geringer aus, als in den auch emotionsgeladenen politischen Debatten vielfach erwartet wurde“. Als durchaus skurril kann diese Aussage vor dem Hintergrund der der konstanten bzw. rückläufigen prozentualen Bildungsbeteiligung gesehen werden, wenngleich die absolute Zahl der Studienanfänger/innen auf Grund geburtenstarker Jahrgänge angestiegen ist (<http://www.studis-online.de/Studieren/art-839-studistatistik2008.php>). Auch der aktuelle "Eurostudent" -Bericht über die sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Studiums im europäischen Hochschulraum bestätigt soziale Selektion: Weil viele Studierende sich ein Auslandssemester nicht leisten können,

bleiben sie zu Hause. In diesem Zusammenhang fordert die GEW – erneut und nachdrücklich - die Schaffung eines gebührenfreien europäischen Hochschulraums. Die Proteste der vergangenen Monate waren mannigfaltig und 2009 hat erst begonnen... (vgl. auch den Artikel Nachlese: Bildungsgipfel & Rückblick bundesweiter Schulstreik 1/2009)

Aktuelle Proteste 2009:
www.wirzahlennicht.de
www.gebuehrenFreiburg.de

http://www.his.de/presse/news/ganze_pm?pm_nr=388
http://www.eurostudent.eu/docs/ZusammenfassungDeu_.pdf
<http://hamburg.uebergebuhr.de/de/aktuell/news/meldung/ansicht/2008/07/studie-offenbart-abschreckende-wirkung-der-studiengebuehren-tausende-werden-abgehalten/>
http://www.gew.de/Fuer_einen_gebuehrenfreien_europaeischen_Hochschulraum.html

58 Studentenwerke fordern Abschaffung von Studiengebühren:
<http://bildungsklick.de/pm/64857/studentenwerke-studiengebuehren-abschaffen-studienfinanzierung-modernisieren/>

b) Nachlese & Ausblick: Bildungsgipfel & Rückblick bundesweiter Schulstreik

Am 22.10.2008 fand der Alternative Bildungsgipfel, organisiert von einem breiten Bündnis Aktiver aus Schule und Hochschule, statt. Unter dem Titel "Reclaim your Brain - für öffentliche und (kosten-)freie Bildung" fanden in der Dresdner Innenstadt, für alle öffentlich und frei zugänglich, verschiedene Workshops und Veranstaltungen statt. Mit der Demonstration "Freie Bildung für Alle!" endete der Aktionstag. Anlass für den Alternativgipfel war der durch die Bundesregierung organisierte Bildungsgipfel. Große Erwartungen hatten jedoch die Wenigsten, weshalb die Ergebnisse auch nicht weiter verwunderten: Zwar einigten sich Bund und Länder auf höhere Ausgaben für Bildung und Forschung, woher die 0,8 % mehr für Bildung und 0,5 % mehr für Forschung kommen sollen, konnte aber keine/r sagen. Zur Beantwortung dieser Frage wurde eine Strategiegruppe von Vertreter/innen aus Bund und Ländern eingerichtet, die bis Oktober 2009 Finanzierungsvorschläge erarbeiten soll. Einigkeit bestand weiterhin in der Fortführung des Pakts für Forschung und Innovation, der Exzellenzinitiative über das Jahr 2010 hinaus sowie des Hochschulpakts bis 2020. Darüber hinaus soll, um die Zahl der Studierenden ohne Abitur zu erhöhen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu fördern, die Anerkennung beruflicher Abschlüsse (z.B. Meister/innen und Techniker/innen) erleichtert werden. Jedoch hatte Frau Merkel die Forderungen der Schüler/innen wohl überhört, welche am 12. November bundesweit mit mehr als 100.000 Schüler/innen, Lehrer/innen, Eltern und Gewerkschaftler/innen auf die Straße gegangen waren, um ihre Forderungen insbesondere nach kleineren Klassen, gegen das Turboabitur, gegen Bildungsgebühren und das vielgliedrige Schulsystem lautstark zu äußern.

Und 2009 verspricht in Sachen Kampf um bessere Bildungsbedingungen heiß zu werden, denn ab April sind bundesweit Proteste von einem breiten Bündnis aus Schüler/innen, Studierenden, Gewerkschaften und weiteren Bündnispartner/innen geplant, um die fatale Bildungssituation in Deutschland auf die Tagesordnung zu setzen.

http://www.podcast.de/episode/903231/Alternativer_Bildungsgipfel

<http://schulaction.de/>

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt922.html>

<http://www.hochschulverband.de/short/17458.html>

<http://www.bildungsstreik2009.de>

c) Lehrer können auch weiterhin Staatsexamen ablegen!?

Lehramtsstudiengänge haben in Deutschland künftig verbindliche Studieninhalte und werden auch von den Ländern untereinander anerkannt. Darauf hat sich die Kultusministerkonferenz (KMK) am 17. Oktober 2008 in Saarbrücken verständigt. Unter Mitwirkung der jeweiligen Fachverbände hat sie die Anforderungen an Fachwissen und -didaktik von Lehrern festgelegt, die bundesweit gelten sollen. In Zukunft kann ein Lehramtsstudium mit einem Staatsexamen anstelle eines Bachelor oder Master abgeschlossen werden. Entscheidend ist nicht der Abschluss, sondern die Zahl der erreichten Studienpunkte (ECTS-Punkte).

Wie der Beschluss in der Praxis umgesetzt und der bisherige Bildungsföderalismus rückgängig gemacht werden soll, darüber macht die KMK jedoch keine Aussage.

<http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/pm2009.html>

http://www.kmk.org/no_cache/presse-und-aktuelles/meldung/ergebnisse-der-323-plenarsitzung-der-kultusministerkonferenz-am-16-und-17-oktober-2008-in-saarbr.html

d) Früherer Semesterbeginn ab WiSe 2011/2012 geplant

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) will den Semesterbeginn an Universitäten vorverlegen. International sei ein Vorlesungsbeginn im September bzw. März Standard, daher sollen auch die deutschen Universitäten sich diesem Rhythmus anpassen. Inzwischen wird von Professor/innenseite jedoch Kritik an diesem Plan laut. Für Studierende dürfte die Umstellung durchaus sinnvoll sein. Allerdings ist noch offen, ob für Studienbewerber/innen und Abiturient/innen die Umstellung vernünftig geregelt werden wird oder diese größere Nachteile haben werden.

<http://www.studis-online.de/Studieren/art-837-semesterbeginn.php>

<http://www.asta-lueneburg.de/allgemeines0/akad-kalender/> (Stellungnahme des AStAs der Universität Lüneburg)

3.) Rechtliches

a) Kündigung einer studentischen Hilfskraft

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden (Aktenzeichen 2 AZR 976/06), dass das Beschäftigungsverhältnis eines Studierenden als „studentische Hilfskraft“ an einer Forschungseinrichtung in der Regel voraussetze, dass er oder sie dem Studium nachgehe. Nach einer Exmatrikulation sei eine Kündigung aus personenbedingten Gründen gerechtfertigt. Im vorliegenden Fall wies das Gericht die Kündigungsschutzklage ab und gab dem Forschungsinstitut Recht, da es ein berechtigtes Interesse habe, für die Ausübung der Tätigkeiten als „Studentische Hilfskraft“ an die Studierendeneigenschaft anzuknüpfen. Dieser vertraglichen Anforderung werde der Kläger jedoch nach Exmatrikulation nicht mehr gerecht.

b) Jahresausblick 2009: Was sich für Studierende in Gelddingen ändert

Auch 2009 ändert sich so einiges, was finanzielle Auswirkungen auf Studierende hat. So steigt das Kindergeld und die Zuschläge beim BAföG für Kranken- und Pflegeversicherung. Erstmals haben auch diejenigen, die BAföG nur noch als Bankdarlehen erhalten, grundsätzlich Anspruch auf Wohngeld. Soweit also mehr Geld in der Tasche. Aber natürlich wird auch einiges teurer.

Mehr:

<http://www.bafög-rechner.de/Hintergrund/art-840-jahresausblick-2009.php>
www.das-neue-bafög.de

Weitere und über den Status von Studierenden hinausgehende Änderungen für den Bereich Arbeit und Soziales findet ihr hier

http://www.bmas.de/coremedia/generator/29774/2008__12__17__aenderungen__2009.html

4.) Publikationen

a) ABS wird 10 Jahre

Im laufenden Jahr wird das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) 10 Jahre alt. Gegründet aus Protest gegen die mangelnde Entschlossenheit der damaligen Bundesregierung, ihr Wahlversprechen eines bundeseinheitlichen Studiengebührenverbotes in die Tat umzusetzen, hat das ABS seitdem zahlreiche Proteste und Veranstaltungen organisiert, Publikationen und Stellungnahmen verfasst und ist aus der Debatte um Studiengebühren nicht mehr wegzudenken. Die Anzahl der Bündnispartnerinnen und Bündnispartner ist beachtlich und die öffentliche Wahrnehmung des Bündnisses nicht zu unterschätzen.

Inhaltsverzeichnis und Bestellmöglichkeit des Buchs „10 Jahre ABS“:

<http://www.bdwi.de/show/1771954.html>

b) „Making Excellence“

"Making Excellence" - unter diesem Motto stand eine Tagung über Grundlagen, Praxis und Konsequenzen der Exzellenzinitiative, die die GEW 2007 gemeinsam mit dem Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle/Wittenberg durchgeführt hat. "Making Excellence" - so lautet jetzt der Titel eines Sammelbands, der aus dieser Tagung hervorgegangen und in der Reihe "GEW Materialien aus Hochschule und Forschung" beim W. Bertelsmann Verlag (Bielefeld) erschienen ist. Roland Bloch, Andreas Keller, André Lottmann und Carsten Würmann (Hrsg.): Making Excellence. Grundlagen, Praxis und Konsequenzen. Bielefeld: W. Bertelsmann 2008. (=GEW Materialien aus Hochschule und Forschung, Band 114). ISBN: 978-3-7639-3661-8. 19,90 Euro.

http://www.wbv.de/no_cache/suche/shop/detail/subtitle/_/0/2/6001589//search/excellence.html

GEW-Mitglieder können bei diesem Buch vom Herausgeberrabatt (30 Prozent) profitieren: Bestellungen bitte an christine.sturm@gew.de.

c) "Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft"

Die Auswirkungen der Föderalismusreform I auf das Hochschulwesen zeichnen sich ab: Nichts weniger als die Abkehr vom kooperativen Föderalismus steht an, das Hochschulrahmengesetz wird abgeschafft, die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) auf eine Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) reduziert - der Rückzug des Bundes hat regelrecht ein Vakuum hinterlassen. Das Prinzip der Kooperation wird zugunsten des Wettbewerbs aufgegeben, einem zentralen Begriff aus der neoliberalen Ökonomie. Anscheinend arbeitet jeder darauf hin, zu den Gewinnern im Wettbewerb zu gehören - dass es zwangsläufig Verlierer geben wird, nicht nur unter den Hochschulen sondern auch zwischen den Hochschulsystemen der Länder, wird noch viel zu wenig thematisiert. Die HerausgeberInnen Frauke Gützkow und Gunter Quaißer erinnert die Föderalismusreform an den Kaiser aus Hans Christian Andersens Märchen. Er wird angeblich mit neuen Kleidern heraus geputzt und kommt tatsächlich ziemlich nackt daher.

Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.): Jahrbuch Hochschule gestalten - 2007/2008. Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft. ISBN: 978-3-937026-58-9. Bielefeld: UniversitätsVerlagWebler 2008. 27,90 Euro.

<http://www.universitaetsverlagwebler.de/guetzkow-quaisser-jahrbuch-2007.htm>

5.) Neu im Netz

Plattform für Wissenschaftler/innen der Zukunft: <http://www.kisswin.de/>

Immer aktuelle Infos aus Wissenschaft und Forschung? Dann bestell dir die „bifi-sms“
[http:// www.gew.de/Bifi-Newsletter.html](http://www.gew.de/Bifi-Newsletter.html) Ältere Ausgaben des Newsletters:
http://www.gew.de/Publikationen_Bildung_Politik.html#Section22335

6.) Termine

14. Februar. 2009	„Geh Denken“ - Antinaziaufmarsch in Dresden
7. März 2009	Naziaufmarsch in Osnabrück
8. März 2009	studentisches Vorbereitungstreffen Gewerkschaftstag (Infos folgen)
29. März 2009	LASS Mitgliederversammlung (Einladung erfolgt postalisch)
11. April. 2009	Naziaufmarsch in Lüneburg
24.-29. April. 2009	Gewerkschaftstag der GEW in Nürnberg (www.gew-gewerkschaftstag.de)
1. Mai 2009	Naziaufmarsch in Hannover
21.-24. Mai 2009	BUKO (Bundekoordination Internationalismus) an der Universität Lüneburg http://www.buko.info/index.php?id=11
15./16. Juni 2009	Tagung zur gewerkschaftlichen Studierendenarbeit (weitere Infos folgen)

Impressum

GEW Niedersachsen
Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)
Berliner Allee 16
30175 Hannover

Vi.S.d.P. Elke Michauk, Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen